

EnEVNEWS

Bundesverband der Deutschen Ziegelindustrie e.V.

Bonn, im April 2013

- [Deutscher Bundestag: Öffentliche Anhörung zum EnEG](#)
 - [Reaktionen der baupolitischen Sprecher von SPD und Bündnis90/Die Grünen zur Anhörung](#)
 - [Antwort der Bundesregierung auf Kleine Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen zu EnEG und EnEV](#)
- [Bundesrat fordert Änderungen im Energieeinsparungsgesetz \(EnEG\)](#)
 - [Prognos-Institut: Studie zur energetischen Sanierung](#)
 - [Bundesbauministerkonferenz: Strengere Kontrolle bei Fassadendämmsystemen](#)



Deutscher Bundestag: Öffentliche Anhörung zum EnEG

Zu dem von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf des Energieeinsparungsgesetzes fand am 17. April im Ausschuss **für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** eine öffentliche Anhörung statt. Zu den eingeladenen Sachverständigen zählten: Werner Genter (KfW Bankengruppe), Harald Rapp (Energieverband für Wärme, Kälte und KfW e.V. (AGFW)), Dr. Norbert Verweyen (RWE Effizienz GmbH), Carsten Wachholz (Naturschutzbund Deutschland e.V. – NABU), Dietmar Walberg (Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen e.V.), Dr. Kai H. Wernecke (Haus & Grund Deutschland) und Hilmar von Lojewski (Deutscher Städtetag). Die ausführlichen Stellungnahmen der Sachverständigen finden Sie [hier](#). Ein Kurzprotokoll der Anhörung finden Sie im Anhang.

Ziegelintern: Für den Bundesverband Ziegelindustrie nahm Fr. Liepach an der Anhörung teil. Herr Dr. Wernecke und Herr Walberg wurden im Vorfeld der Anhörung vom Bundesverband schriftlich über die Positionen der Ziegelindustrie informiert.

[Zum Seitenanfang](#)



Reaktionen der Baupolitischen Sprecher von SPD und Bündnis90/Die Grünen zur Anhörung



Der SPD-Berichtersteller für die EnEV im Bauausschuss des Deutschen Bundestages, Michael Groß, forderte in einer Pressemitteilung im Anschluss an die Anhörung, die energetische Stadtsanierung zu stärken und in die Städtebauförderung zu integrieren. Er kritisierte die zweistufige Erhöhung der Anforderungen für Neubauten insofern, dass sie Verwirrung am Markt stifte sowie die unverlässlichen Förderbedingungen, die ebenfalls für Unsicherheit sorgen.

Daniela Wagner, Sprecherin für Bau- und Wohnungspolitik von Bündnis 90/Die Grünen, sieht in dem Gesetzentwurf keine ausreichenden Antworten auf die enormen wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Herausforderungen, die durch den Energieverbrauch im Gebäudebereich aufgeworfen werden. Insbesondere kritisierte sie die Stellungnahmen der Verbandsvertreter der Wohnungswirtschaft, welche die Wirtschaftlichkeit von energetischen Sanierungsmaßnahmen anzweifelten und damit Mieterinnen und Mieter mit der Kostenfalle Heizung alleine ließen.

[Zum Seitenanfang](#)

Antwort der Bundesregierung auf Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen zu EnEG und EnEV



Die Bundesregierung hat die kleine Anfrage der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen zur Novelle der Energieeinsparverordnung (EnEV) und des Energieeinsparungsgesetzes (EnEG) beantwortet.

Die Bundesregierung sollte unter anderem begründen, warum im Kabinettsbeschluss keine Anhebung der Höchstwerte des spezifischen Transmissionswärmeverlustes im Neubau von Wohngebäuden gegenüber der Energieeinsparverordnung 2009 vorgesehen sei. Die Fraktion bat darüber hinaus um Auskunft zur Bewertung der eingeholten Gutachten. [Mehr...](#)

In ihrer Antwort schreibt die Bundesregierung, dass die EnEV sehr wohl die Anhebung der Höchstwerte des Transmissionswärmeverlustes beschließt. In zwei Schritten würde eine Verschärfung eintreten. Darüber hinaus zieht sie aus den eingeholten Gutachten den Schluss, dass die Anhebung der Effizienzstandards sowohl bei Wohngebäuden als auch bei Nicht-Wohngebäuden generell wirtschaftlich vertretbar sei. [Mehr...](#)

[Zum Seitenanfang](#)



Bundesrat fordert Änderungen im Energieeinsparungsgesetz

Der Bundesrat hat in seiner Stellungnahme zum Gesetzentwurf des EnEG sieben Änderungsvorschläge gemacht, die die Bundesregierung in ihrer Gegenäußerung weitgehend ablehnte. Die Änderungsvorschläge betrafen eine frühere Einführung des Niedrigstenergiestandards für behördeneigene Neubauten bereits zum 1. Januar 2017 anstatt zum 1. Januar 2019 sowie den Bereich der Kontrolle und Auswertung von Energieausweisen und Inspektionsberichten. In seiner allgemeinen Beurteilung äußerte der Bundesrat die Auffassung, dass der vorgelegte Gesetzentwurf Antworten auf drängende Herausforderungen schuldig blieb. Darüber hinaus seien zahlreiche von den Ländern in der Anhörung zum Referentenentwurf vorgebrachten Forderungen von der Bundesregierung unberücksichtigt geblieben. [Mehr...](#)

[Zum Seitenanfang](#)

prognos Prognos-Institut: Studie zur energetischen Sanierung

Eine von der KfW-Bankengruppe in Auftrag gegebene Studie der Prognos AG zur energetischen Gebäudesanierung hat eine kritische Debatte ausgelöst. [Zur Studie...](#)

Der Zeitung „Die Welt“ zufolge käme die Studie zu dem Ergebnis, dass sich die Kosten energetischer Sanierungen durch die Energieersparnis nicht amortisierten. Vom wirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet, lohnten sich energetische Sanierungen demzufolge nicht. Selbst die zusätzlichen finanziellen Aufwendungen für den Neubau besonders energiesparender Wohngebäude würden sich nicht amortisieren. Zahlreiche Medien griffen diese Sichtweise auf. [Mehr...](#)

Seitens der Politik wurde teilweise Kritik an dieser Darstellung geübt. **Sebastian Körber, baupolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion**, warnte vor Pauschalurteilen. Jedes Haus bedürfe einer eigenen Betrachtung. Allerdings müsse bei der energetischen Sanierung die Wirtschaftlichkeit strikt gewahrt werden, weshalb auch eine weitere Verschärfung der Energieeinsparverordnung abzulehnen sei. Dies würde das Bauen stark verteuern, was sich nicht zuletzt auf die Mieten auswirke (Nürnberger Nachrichten, 3. April).

Hans-Josef Fell, energiepolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen kritisierte die „falschen Grundannahmen“, die der Studie zugrunde lägen und zweifelte deren Stichhaltigkeit an. Die Berechnung basiere auf der Annahme eines jährlichen Energiekostenanstiegs von durchschnittlich 1,1 Prozent. Dies sei jedoch zu niedrig prognostiziert, so Fell. [Mehr...](#)

Auch von anderer Seite wurde die Interpretation der „Welt“ zurückgewiesen. So betonte die **KfW**, dass sich die Kosten einer ökologischen Modernisierung aufgrund der Energieersparnis durchaus rechnen würden. Die **Deutsche Energieagentur (dena)** merkte hierzu an, dass im Prognos-Beitrag nicht zwischen den Kosten, die ohnehin für Neubau oder Sanierung anfallen, und den Mehrkosten, die energiesparende Maßnahmen verursachen, unterschieden würde. Gebäudeeigentümer sollten sich nicht durch irreführende Zahlenvergleiche beunruhigen lassen, so dena-Chef Stephan Kohler. [Mehr...](#)

Die **Deutsche Unternehmensinitiative Energieeffizienz e.V. (DENEFF)** kritisierte die Interpretation der Studienergebnisse ebenfalls. Die Aussage "energetische Sanierungen verschlingen mehr Geld als durch sie eingespart wird" lasse sich aus der Vielzahl der Studien der letzten Zeit alles andere als bestätigen. [Mehr...](#)

[Zum Seitenanfang](#)



IS-ARGBAU

Bundesbauministerkonferenz: Strengere Kontrolle bei Fassadendämmsystemen

Die Bauministerkonferenz beschloss am 22. März, dass Fassadendämmsysteme auf Polystyrolbasis vertieft auf ihre Brandgefahr getestet werden müssen. Zu dieser Entscheidung kam es insbesondere auf Betreiben des hessischen Bauministeriums. Anlass hierzu gab ein schwerer Brandfall in Frankfurt, nach dessen Untersuchung eine Expertengruppe empfahl, Wärmedämmverbundsysteme mit Polystyrol-Dämmstoffen unter verschärften Bedingungen zu überprüfen. „Die Bürger müssen darauf vertrauen können, dass die verwendeten Baustoffe und die technischen Anlagen sicher sind“, sagte der hessische Wirtschaftsminister Florian Rentsch (FDP). [Mehr...](#)

Bei Rückfragen wenden Sie sich gerne an:

Bundesverband der Deutschen Ziegelindustrie e.V.
Schaumburg-Lippe-Straße 4
53113 Bonn
Ansprechpartner: Andre Staniszewski
Tel. +49 (0)228-91493-34
Mail: staniszewski@ziegel.de